

# Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1

## Hindenburg stürzt Brüning!

Zur Preisstützung von 300 000 Hektar der bankrotten Grundbesitzer — Generalcliquen und Neudeckerverschwörung am Ziel — „Die Stunde der NSDAP ist da“!

### Rechtsdiktatur oder Nazikabinett?

Hindenburg hat gestern Brüning gestürzt.

Brüning war bereit, Hindenburgs Bedingungen anzunehmen.

Aber Brünings Sturz war von General- und Junkercliquen, unter dem Drucke des Faschismus, vorbereitet und beschlossen. Brüning wurde von Hindenburg „das Vertrauen entzogen“. Darauf demissionierte das Diktaturkabinett.

Zur Wahrung des parlamentarischen Scheins, der auch jetzt noch aufrechterhalten wird, fand gestern beim Reichspräsidenten daraufhin der Empfang der Fraktionsführer statt. Löbe schlug vor, einen Nationalsozialisten zu beauftragen. Ein besonders schlaues Manöver des sozialdemokratischen Scheinreichstagspräsidenten: Da die Nazis die Reichstagsauflösung verlangen, wogegen die Hintermänner Hindenburgs noch Widerstand leisten, soll sich auf diese Weise die Nazikandidatur erledigen, und dann der eigentliche Mann Hindenburgs, um den noch das Geheimnis schwebt — es kann ebenso ein Geßler oder ein Freiherr von der Gail oder ein Graf Westarp sein — „betraut“ werden. Gedacht ist, für diesen Fall Herrn Brüning als Außenminister in die neue Regierung der Präsidentendiktatur zur Vertretung des „Geistes von 1914“ auf der Lausanner Konferenz, in das Kabinett hineinzunehmen. Es wird gemeldet, daß Herr Brüning seine beabsichtigte Urlaubsreise deswegen verschoben hat.

Der Scheinreichstag soll dann einberufen und vor der Sozialdemokratie das neueste kleinere Uebel toleriert werden!

Die Bedeutung des Sturzes von Brüning durch die Neudecker Verschwörung kann in den Satz zusammengefaßt werden, mit dem der „Angriff“ gestern abend triumphierend seinen Begrüßungsartikel zum Rücktritt der Regierung schließt: „Die Stunde der NSDAP ist gekommen!“

Ein neuer entscheidender Schritt zur Faschistenherrschaft in Deutschland ist getan!

Die Hindenburgclique hat Brüning gestern nicht gestürzt, weil sie die Macht schon heute an Hitler abzugeben bereit ist. Aber der Tag seines legalen Marsches auf Berlin ist damit in unmittelbarer Nähe gerückt. Nicht die Abwehrkräfte der Werktätigen haben den Kanzler der Notverordnungs-diktatur gestürzt, diese sind in ohnmächtiger Zersplitterung dem Spiel der Konterrevolution als Objekte ihrer Abenteuer ausgesetzt. Eine konterrevolutionäre Clique hat Brüning gestürzt, weil sein Regime den Interessentenhäufen der Junker, Großkapitalisten und Generale noch gewisse Zumutungen stellte, ihren Appetiten noch gewisse Schranken auferlegte.

Der Interessentenhäufen hat Brüning vierzehn Tage vor der für den deutschen Imperialismus bedeutungsvollen Lausanner Konferenz, auf der er die Forderungen der „nationalen Einheitsfront“ vertreten sollte, gestürzt, weil selbst in seinem Diktaturregime gegen die Arbeiter und Werktätigen sich noch Einflüsse geltend machten, die dem Interessentenhäufen zuwiderliefen.

Stegerwald und Brüning, die wichtigsten Minister des gestürzten Kabinetts, waren Repräsentanten der christlichen

Gewerkschaftsbürokratie, sie hatten noch Verbindungen zu den freien Gewerkschaften, deren verbürgerlichte Führung in ihnen die Retter vor dem Faschismus tolerierte. Aber für diese Tolerierung mußte die Brüning-Regierung auch gewisse Scheinkonzessionen gewähren. Eine solche Konzession war das SA-Verbot Groeners und sein Versuch der Eingliederung der Bürgerkriegsarmee in legale Reichssportverbände. Eine andere solche Konzession war ein Siedlungsplan des Reichsarbeitsministeriums. Eine dritte solche Konzession war das Gerede der Regierung über Arbeitszeitsenkung.

Mit der Rückendeckung der Nationalsozialisten stößt jetzt die großkapitalistisch-junkerliche Meute vor, sie verlangt, daß ein neuer Kurs eingeschlagen werde, der selbst für Leute von der Sorte Stegerwalds untragbar zu werden begann, und ihn unmöglich machte.

Der unmittelbare Anlaß zum Sturz Brünings wurde der Referentenentwurf des Reichsarbeitsministeriums über die Siedlungshilfe. Die Junker befürchten von ihm, daß er den Bodenpreis für etwa 300 000 Hektar ihres bankrotten Betriebes drücken, den Zwangsankauf durch das Reich erleichtern würde. Die Durchführung dieses Entwurfes hätte am Arbeitslosenproblem nichts Wesentliches gebessert. Aber vielleicht hätten einige Junker einen Teil ihres Grundbesitzes zu guten Preisen an das Reich abgeben müssen.

Das genügte.

Dieser „sozialistische“ Anschlag gab das Signal zum Sturm, dahinter stand die Rache

der Generalclique für Groeners Unvorsichtigkeit, dahinter stehen die Leute der IG-Farben und der anderen Trusts, und ihre entschlossene Abwehr der Arbeitzeitherabsetzungspläne, ihre Wut über die Verweigerung eines Reichsbrennstoff-Abkommens, an dem sie Millionen verdienen wollten. Die Brüning-Regierung hat ihnen und den großen Banken mehr als eine Milliarde Mark Reichsgelder in den Rachen geworfen, sie hat für sie den Lohnabbau durchgeführt, sie hat die Sozialpolitik kastriert und fast alle noch vorhandenen Ueberbleibsel der demokratischen Rechte und Freiheiten abgebaut. Jetzt ist es so weit. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.

Was wir immer wieder anklagend der Tolerierungspolitik der Sozialdemokratie vorhielten, ist durch die neuesten Tatsachen erschütternd bestätigt. Das Brüningregime war kein Schutz gegen den Faschismus, es war nur sein Schrittmacher, was jetzt folgt, wird die Schritte zum Verhängnis noch beschleunigt fortsetzen.

Noch soll vielleicht vor dem offenen Hitlerregime eine Zwischentappe folgen. Nach gutem „parlamentarischem Brauch“ will Herr Hindenburg die Fraktionen „hören“ und dann entscheiden. Der Mann mit der Fülle der Macht, der Erwählte der Sozialdemokratie, wird seinen Beauftragten ernennen, wenn der

Brauch erfüllt ist. Der parlamentarische Schein soll auch diesmal noch aufrechterhalten werden. Der Scheinreichstag soll wozu auch einem Kanzler, der Westarp, oder Geßler oder von Gail oder sonstwie heißt, sein „Vertrauen“ votieren. Herr Hindenburg wird ihn dann zurückziehen an dem Tage, wo die Macht endgültig an die faschistische Partei übergehen muß, der der legale Weg dahin breit geöffnet ist. Die Wahlen am Sonntag in Oldenburg sind dafür ein neues, vielleicht ein letztes Alarmsignal.

Die Stunde der NSDAP ist nahegekommen! Der „Angriff“ hat nicht viel übertrieben.

Es gibt nur noch eine Rettung, die sofortige Einigung der Arbeiterklasse zur Abwehr, über alle Hindernisse hinweg, die auch heute noch bestehen, die Bildung eines außerparlamentarischen Verteidigungsblocks der Arbeiterparteien, der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der Gewerkschaften und aller anderen Arbeiterorganisationen. In letzter Stunde fordern wir die Arbeiter auf, diesen Ausweg, diesen einzigen Rettungsweg zu erzwingen. Es ist keine Zeit zu verlieren, gemeinsame Kundgebungen als erster Schritt, Vorbereitung einer breiten antifaschistischen Aktion, Vorbereitung des politischen Massenstreiks zum Sturz des Regimes und für eine Arbeiterregierung ist das Gebot der Stunde!

### Reichsanwalt deckt Hitler-Armee

Das von Preußen beantragte Verfahren eingestellt

#### Hitler verlangt Verbotsaufhebung der SA.

Zugleich mit dem Sieg in Oldenburg konnte der Nationalsozialistische Pressedienst einen anderen Triumph ausspielen:

Der Oberreichsanwalt hat erklärt, daß der Verdacht des Landesverrats gegen irgendeine Stelle der Nationalsozialistischen Partei nicht stichhaltig sei und sich aus keinem der vorgelegten Schriftstücke herleiten lasse. Das Verfahren wegen Landesverrat ist deshalb schon jetzt eingestellt und hiervon die Politische Polizei in Preußen in Kenntnis gesetzt.

Eine amtliche Mitteilung liegt hierzu noch nicht vor, aber an ihrer Richtigkeit ist wohl kaum zu zweifeln. Dieser Ausgang war eigentlich zu erwarten. Der Faschismus hat längst alle Poren des Staates durchdrungen, als daß dessen Organe noch wagen könnten — vorausgesetzt, daß sie überhaupt den Willen dazu hätten — gegen die Nazis vorzugehen. Das zeitliche Zusammentreffen mit dem Kanzlersturz von oben verdeutlicht nur diese Zusammenhänge, und es gehörte schon der fetischistische Glaube an die „Neutralität“ der

Staatsgewalten dazu, um an die Oberreichsanwaltschaft noch die letzte Hoffnung zu knüpfen, daß es gelingen werde, Hitler erfolgreich den Prozeß zu machen. Der Staatsapparat hat immer nur so lange funktioniert, als er gegen die Arbeiterklasse in Bewegung gesetzt wurde.

Die Einstellung des Verfahrens wird natürlich von Konsequenzen begleitet sein. Es waren vor allem die dem Verfahren der Oberreichsanwaltschaft zugrunde liegenden Tatbestände, die zu der Auflösung der SA- und SS-Truppen geführt haben. Erklärt der Oberreichsanwalt nun, daß keine Anhaltspunkte für eine Strafverfolgung gegeben sind, so desavouiert sie nicht nur Severing und Braun, sondern gibt den Nazis auch bewußt eine Handhabe, um die Verbotsaufhebung zu fordern. Das Braune Haus hat diesen Wink auch sofort verstanden und demgemäß postwendend die Aufhebung gefordert, ein Verlangen, das um so mehr Aussicht auf rasche Erfüllung hat, als der Sturz von Brüning den hundertprozentigen Sieg derjenigen signalisiert, die von vornherein gegen das SA-Verbot waren und Groener darob in die Wüste oder besser: in Pension schickten.

# Die SPD will nicht begreifen

## Der Bankrott der Tolerierungspolitik

Wenn nicht früher, so spätestens am Sonntag, hat ein jeder in Deutschland gewußt, daß die Junker und industriellen Schrafmacher gestützt auf die Militärkamarilla gesiegt hatten.

### „Wir glauben es nicht“

Aber noch am Sonntag, einen Tag vor dem offiziellen Sturz wollte der „Vorwärts“ nicht daran glauben:

Wird die heutige Auseinandersetzung des Reichkanzlers mit dem Reichspräsidenten die „Revolution von oben“, einen Sieg der schwerindustriell-junkerlich-militärischen Kamarilla, eine Kapitulationspolitik mit der Ausschaltung der zivilen Gewalten bringen?

Wir glauben es nicht.

Der Reichspräsident hält den Verfassungsweg; der Weg ist ihm vorgeschrieben, solange Brüning das Vertrauen des Reichstages hat und nicht selbst auf die Führung verzichtet.“

Einen Tag später ist dieser Glaube als Irrglaube erwiesen, trotz des „vorgezeichneten Weges“ und trotz des „Vertrauens des Reichstages“.

Aber auch jetzt will der „Vorwärts“ nur glauben und nicht die Wahrheit erkennen. Am Montag weiß er nichts mehr von der Kamarilla, sondern er spricht von den „redlichsten Absichten“ des Reichspräsidenten. Auch am Montag — nachdem die für unglaublich gehaltene „Revolution von oben“ vollzogen ist, klammert er sich an die erhaltenen „konstitutionellen Formen“ und spricht zaghaft von einem Weg, der in Zustände hineinführt, die mit der Verfassung kaum noch (!) zu decken sind.“

### Die SPD kann nicht die Wahrheit sagen

Warum verniedlicht das sozialdemokratische Zentralorgan den konterrevolutionären Staats-

Statt die Nationalsozialisten von der Macht fernzuhalten, ist die Wirkung der Tolerierung des kleineren Übels eine Ankerbelugung der nationalsozialistischen Welle und schließlich die Machtergreifung des Faschismus gewesen. Die sozialdemokratische Politik hat das Gegenteil von dem bewirkt, was sie bewirken sollte. Die sozialdemokratische Politik ist bankrott.

**Wer Brüning tolerierte, festigte den Faschismus!  
Wer Hindenburg wählte, hat Hitler gewählt!  
Wer jetzt in letzter Stunde die Gegenrevolution, den Faschismus schlagen will, der muß mit der sozialdemokratischen Politik brechen!**

## Es gibt nur eine Rettung für die Arbeiterschaft: Die Einheitsfront im Kampfe gegen die Diktatur und den Kapitalismus

### Der Mann mit der Fülle der Macht

b. j. Berlin, 30. Mai 1932.

Reichspräsident v. Hindenburg war immer nur ein Werkzeug seiner jeweiligen Berater. Das war immer das Charakteristikum dieses „starken“ Mannes, daß er die „starken“ Beschlüsse seiner Umgebung ausführte. Der rechtsbürgerliche Historiker Delbrück nannte ihn darum schon vor einem Jahrzehnt eine „schwache Null“, nachdem er die Mitteilung des Oberst Max Bauer, einstmals Ludendorffs rechte Hand im Hauptquartier wiedergegeben hatte: „Wir haben ihm (Hindenburg, Die Red.) zuletzt gar nicht mehr gesagt, wo die Armeekorps standen...“

Hindenburg hat mit Ludendorff und auf dessen Rat hin im Kriege den Kanzler Bethmann-Hollweg gestürzt, als dieser Friedensfühler ausstrecken wollte; er hat sich auf Groeniers Rat hin mit Ebert gegen die Revolution verbündet. Auf Tirpitzens und v. Loebells Rat kandidierte er im Auftrag des Bürgerblocks als Reichspräsident. Auf Luthers Rat unterschrieb er den Dawes-Pakt, der den Dollarzinsen der Anleihen für das Monopolkapital einbrachte. Auf Stresemanns Rat entließ er den General v. Seeckt und sanktionierte den Eintritt in den imperialistischen Völkerbund. Auf Hermann Müllers Rat unterschrieb er die Young-Gesetze und auf des Januschauers Rat führte er die „Osthilfe“ für die Junker durch. Auf Treviranus' Rat nahm er Brüning zum Kanzler und auf den Rat der Kamarilla Oldenburg-Meißner-Schleicher entließ er heute den Minister, dem er, wie keinem zuvor, sein Vertrauen gegeben hatte, unter dem Druck des Faschismus. Das alles ist nur gesetzmäßig. Darüber wundern dürfen sich die nicht, die ihn gewählt haben.

streich? Warum sagt die SPD nicht die Wahrheit, wie sie ist?

Weil diese Wahrheit die Bankrotterklärung der sozialdemokratischen Politik ist! Weil damit die Sozialdemokratie zugeben müßte, daß ihre Politik seit 1930, ja ihre Gesamtpolitik seit 1918 nicht nur schlecht, sondern eine Katastrophopolitik für die Arbeiterschaft geworden ist.

Seit den Reichstagswahlen 1930 hat die SPD immer wieder gesagt, daß die Arbeiterschaft die äußersten Lasten einer reaktionären Wirtschafts- und Sozialpolitik auf sich nehmen müßte, um Brüning an der Regierung zu halten. Brüning sei „das kleinere Übel“. Seine Tolerierung verbaue den Nazis den Weg zur Macht.

Als die Wahl des Reichspräsidenten herankam, erklärte die SPD, Hitler müsse vom Reichspräsidenten fern gehalten werden. Das sei nur möglich, wenn die Arbeiterschaft für Hindenburg als dem kleineren Übel eintrete.

Heute stürzt der Präsidentschaftskandidat der SPD die Brüning-Regierung, weil sie ihm noch nicht rechts, noch nicht reaktionär genug ist.

### Die Sprache verloren . . .

TU. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion setzte am Montag abend nach dem Empfang Löbes und des Abg. Wels und Dr. Breitscheldts durch den Reichspräsidenten seine Beratungen fort. Die beiden Abgeordneten erstatteten Bericht über ihre Unterredung mit dem Reichspräsidenten. Der vom Vorstand über die Beratungen ausgegebene Bericht geht auf nähere Einzelheiten nicht ein. Beschlüsse sind, wie verlautet, vom Vorstand nicht gefaßt worden. Sie bleiben der Fraktion selbst vorbehalten, die am Mittwoch zusammentritt.

# Die Presse zum Sturz Brünings

## „Redlichste Absicht des Reichspräsidenten“, sagt der „Vorwärts“

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ verweist auf die Notwendigkeit der Unterschrift des Reichspräsidenten unter die Notverordnung, die als Druckmittel gegen die Regierung ausgespielt werden kann, und fährt dann fort:

„Mit der Annahme der Demission hat der Reichspräsident die Verantwortung für die weitere Entwicklung der Dinge in seine Hände genommen. Er hat es zweifellos in der redlichsten Absicht getan und wahrscheinlich auch in dem Bewußtsein der unermesslich großen Folgen, die seine Entscheidung haben muß. Ob es ihm aber gelingen wird, die Bewegung zu meistern, die durch seinen Entschluß ins Rollen gekommen ist, das ist eine ganz andere Frage.“

Aber der „Vorwärts“ kann auch in dieser Situation die Verschleierung der nackten Wahrheit noch nicht lassen. Er schließt aus der Tatsache, daß wie alle anderen Fraktionen auch die SPD zu Hindenburg vorgeladen ist, daß der Reichspräsident „die konstitutionellen Formen zu wahren gewillt ist.“ Aber schließlich kann selbst der „Vorwärts“ nicht mehr leugnen!

„Der Weg, der jetzt betreten ist, führt in Zustände hinein, die mit der Verfassung kaum noch zu decken sind.“

Im übrigen stellt sich der „Vorwärts“ auf Neuwahlen ein.

## Das „persönliche Regiment“

Das „Berliner Tageblatt“ erinnert an das „persönliche Regiment“ Wilhelm II. als Parallele zum Eingreifen Hindenburgs, und fährt dann fort:

„Die Entlassung Brünings, der ganz gewiß keinen linken Kurs gesteuert hatte, kann nur den Sinn haben, daß das Hindernis beseitigt werden soll, das einem Regime der ausgesprochenen Rechten bisher im Wege stand.“

Die „Berliner Börsenzeitung“ weiß zu berichten, daß der letzte Grund des Bruches zwischen Hindenburg und Brüning darin zu-

sehen sei, daß Brüning sich endgültig geweiht habe, ohne die Linke mit der Rechten allein zu regieren.

Die „Kreuz-Zeitung“ meint, daß im Sturz Brünings ausgesprochen liegt, „daß eine Neuorientierung der Reichspolitik im Willen des Herrn Reichspräsidenten liegt“.

## Im Hintergrund der Bodenpreis

Die „Vossische Zeitung“, ein linksbürgerliches Organ, untersucht den letzten Anlaß des Sturzes Brünings:

„Im Hintergrund der politischen Kämpfe, der um die Stellung entbrannt ist, steht ganz entscheidend die Frage des Bodenpreises.“ Eine gesunde Siedlung hatte nur bei Bodenpreisen geschaffen werden können, die dem tatsächlichen, sich in der erzielten Rente ausdrückenden Bodenpreis entsprechen. „Die Notverordnung sieht „angemessene“ Preise vor, während von der Rechten gefordert wird, daß der Preis keinesfalls unter dem Einheitswert liegen darf.“ Ferner sollten nach der Notverordnung die Landstellen das Recht erhalten, nicht mehr sanierungsfähige Betriebe zum Verkauf für Siedlungszwecke zu stellen, auch wenn von den Gläubigern die Zwangsversteigerung nicht beantragt sei, um zu verhindern, daß solche Betriebe völlig zerstört würden. Gegen diesen „sozialistischen Anschlag“ sei der Sturz Brünings bei Hindenburg erreicht worden. „Beseht man es recht, dann ist Brüning in erster Linie gar nicht von den Nationalsozialisten gestürzt worden, sondern eher den ostelbischen Großgrundbesitzern zum Opfer gefallen.“

## „Die Stunde der NSDAP ist gekommen“

triumphiert der „Angriff“. „Jetzt oder nie ist der Augenblick gekommen, da der Reichspräsident eine historische Stunde vorfindet, der er entsprechend begegnen muß; das Recht der NSDAP auf die Staatsführung ist von neuem und doppelt bestätigt.“

# Die Wahlen in Oldenburg

## Absolute Hitlermehrheit — Gewinn der SAP

Oldenburg, 30. Mai 1932  
(Eigener Bericht)

Die Wahlen zum Oldenburgischen Landtag am gestrigen Sonntag hatten folgendes Ergebnis:

Sozialdemokratie . . .	50 987 (54 873)	9 (11)
Zentrum . . . . .	42 114 (46 252)	7 (9)
KPD . . . . .	15 590 (18 984)	2 (3)
Staatspartei . . . . .	6 213 (8 515)	1 (1)
Landvolk . . . . .	5 987 (5 404)	1 (1)
Nationale Vereinigung (Volksp. u. Wirtschaftsp.) . . . . .	2 308 (16 446)	0 (2)
Nationalsozialisten . . . . .	131 525 (97 802)	24 (19)
Deutschnationale . . . . .	15 629 (12 653)	2 (2)
Soz. Arb.-Partei . . . . .	1 464 (2 224)	— (—)

\* Die in Klammern angeführten 224 Stimmen der SAP sind nicht bei den vorjährigen Landtagswahlen, sondern bei Kommunalwahlen im vorigen Herbst abgegeben worden.

Das hervorstechendste Merkmal dieser Wahl ist, daß die Hitlerpartei nicht nur erneut starken Zuwachs erhielt, sondern daß sie, obwohl nicht die Mehrheit der Stimmen allein die absolute Mehrheit der Mandate (24 von insgesamt 46 Mandaten) erhielt. Hier kann jetzt zum erstenmal in einem Freistaat des Reiches eine reine nationalsozialistische Regierung gebildet werden. Die Nazis brauchen dabei nicht einmal auf ihre deutschnationalen Freunde Rücksicht nehmen.

Das Oldenburger Wahlergebnis dürfte im letzten Moment sehr stark mit zum Sturz des Brüningkabinetts beigetragen haben.

Die Neuwahl wurde durchgeführt, weil ein Volksentscheid für Landtagsauflösung, der von den Nazis und der KPD durchgeführt wurde, die verfassungsmäßige Stimmenzahl aufbrachte. Das änderte nichts daran, daß die KPD jetzt bei den Wahlen ebenfalls eine schwere Niederlage davontrug. Sie verlor 18 Prozent ihrer Stimmen. Ob die KPD jetzt vielleicht endlich begreifen wird, daß sie mit ihren, im Bunde mit den Nazis durchgeführten Volksentscheiden nur die Geschäfte der Hitlerleute besorgt?

Daß auch die SPD erneut an Stimmen verlor, gehört schon zu den seit Jahren üblichen Erscheinungen. Zu einer völligen Ver-

nichtung führte die Wahl für die Dt. Volkspartei und die Wirtschaftspartei, die eine gemeinsame Liste hatten. Von ihren 16000 Stimmen sind nur noch 2000 übrig geblieben. Sieben Achtel ihrer Wähler schwenkten zu Hitler ab.

Die Sozialistische Arbeiterpartei hat sich unter überaus schwierigen Verhältnissen glänzend geschlagen. Obwohl sie außer der Stadt Oldenburg und einer kleinen Gruppe in Wilhelmshaven-Rüstringen keine organisatorischen Stützpunkte besitzt, hat sie eine beachtliche Stimmzahl erhalten, was als Beweis dafür gewertet werden kann, daß ein immer größerer Kreis von Arbeitern die Richtigkeit unserer Auffassungen erkennt. Unsere, wenn auch kleine Organisation wird alles tun, um durch unablässige Arbeit für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront die Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf gegen den jetzt sicher erst recht einsetzenden Naziterror und zum Wiederaufstieg der Arbeiterbewegung zu schaffen.

## Bombenanschläge in Belgrad

Belgrad, 30. Mai 1932

Am Montag früh um 2,30 Uhr wurden hier zwei Bombenanschläge verübt. Die erste Höllenmaschine explodierte vor der Skupschtina, die zweite in der Nähe des Bahnhofs. Eine dritte Höllenmaschine wurde in der Nähe des Gebäudes der „Politika“ gefunden und unschädlich gemacht. Zu gleicher Zeit wurde an der Straßenkreuzung, an der das Ministerpräsidium, das Finanzministerium, das Kriegsministerium und die militärische Akademie sich befinden, ein Mann festgenommen, der in einer Schachtel eine vierte Höllenmaschine trug. Durch die Explosionen wurde nur geringer Sachschaden angerichtet.

## Der Massenmord

Nach japanischen Meldungen haben die chinesischen Freischärler unter dem Befehl Matschanschans bei Charbin eine schwere Niederlage erlitten. Die Verluste der Chinesen bezifferten sich auf einige tausend Tote und Verwundete.

## 28 Kommunisten verhaftet

TU. Hamburg, 30. Mai 1932

Die Polizeibehörde teilt mit: Am gestrigen Sonntag wurden 28 der KPD angehörige Personen festgenommen, die im dringenden Verdacht stehen, die Bildung einer Ersatzorganisation für den aufgelösten und verbotenen Roten Frontkämpferbund versucht zu haben. Die Festgenommenen sind dem Gericht zugeführt worden. Nähere Einzelheiten können zur Zeit aus kriminalpolizeilichen Gründen nicht mitgeteilt werden.

# Ausflug nach Kühle Wampe

von Herbert Dückstein

Der von der Oberprüfstelle verbotene, jetzt freigegebene Film „Kühle Wampe“ wurde gestern in Berlin aufgeführt.

Sonntagmorgens sind die Stadtbahnzüge überfüllt. Der Magnet Berlin stößt für einen Tag ab, was er in Jahren anzog.

Umsteigen in Stralau-Rummelsburg, wo die Weltstadt bereits ein ländliches Kolorit bekommt. Zwanzig Minuten später aussteigen in Friedrichshagen. Eine breite, helle Kleinstadtstraße öffnet sich nach dem Müggelsee. Er ist kitschig blau und sein Temperament nicht ohne jene Arroganz, die seiner Lage in der Nähe der großen Stadt entspricht.

Das weiße Dampfchen der Reederel Bauer fährt über Rübezahl nach Müggelort.

Wir wollen nach der Zeltstadt Kühle Wampe, dem Protektionskind der Filmoberprüfstelle. Ohne diese war Kühle Wampe eine unbekannte Weckendkolonie geblieben, eine von den vielen, die ihr Entstehen dem unfreiwilligen Müßiggang der Erwerbslosen, dem Elend und der Enge der Mietskasernen verdanken.

Dort ist der Weg nach Kühle Wampe, ein Privatweg, auf dem das Reiten und Fahren verboten ist. Die Bewohner von Kühle Wampe wollen an nichts erinnert sein, was mit den Straßen zusammenhängt, in deren Häusern sie überwintern mußten und in deren Krisenkasernen sie auf ihren Stempel warten.

Zwischen Sandhügel und Uferweg erstreckt sich, zehn Wegminuten lang, die Zeltstadt Kühle Wampe. Noch ist sie im Aufbau begriffen.

Hier und da werden noch Fußböden gelegt, und wo der Zeltplan bereits gespannt ist, warten eiserne Bettstellen, kleine Schränke, Tische, Stühle, die sich in der ungewohnten Umgebung ängstlich aneinanderdrängen, auf ihren Einzug. Es wird gehämmert und geklopft, Latten werden von Hand zu Hand gereicht, auf Stühlen stehen hemdsärmelige Männer und nagen mit jenem zufriedenen Gesichtsausdruck, in dem sich die Vorfreuden des bevorstehenden Sommers spiegeln.

Die Zelte werden recht sorgfältig zusammengezimmert, sie müssen den Gewitterböen, die über den See peitschen werden, standhalten. Sie drehen den Rücken dem Ufer zu, um gegen alle unliebsamen Ueberraschungen eines möglicherweise launischen Sommers gefeit zu sein. Die Zeltform entspricht der Bauweise kleiner Häuser mit Satteldach. In der geräumigen Unterkunft ist Platz für zwei Betten, einen kleinen Schrank, einen Tisch, ein paar Stühle und eine Kochgelegenheit. Der Befriedigung eines ungezielmlichen Luxusbedürfnisses dient bestenfalls eine eingesessene Chaiselongue.

Das Leben spielt sich selbstverständlich nur im Freien ab. Um einen Tisch gedrängt, sitzen die Zeltbewohner zusammen, essen ihre Stullen, trinken Flaschenbier (jedenfalls nur Sonntags), schwatzen und lassen ein Grammophon sentimentale Lieder spielen.

Und das soll die Ruhe und Ordnung störende Sommerkolonie Kühle Wampe sein? Ach, wenn die Mitglieder der Filmprüfstelle sich einmal die Mühe machen würden, Kühle Wampe mit ihrem Besuch zu beehren! Sie würden, angesichts dieser kleinstädtischen Idylle, gewiß ihren Augen nicht trauen. Diese harmlosen Großstadtemigranten denken nicht daran, zumindest sie hier draußen sind, auf eine

Barrikade zu steigen. Die lesen hier draußen keinen Marx und erregen sich nicht in politischen Diskussionen. Die Menschen wollen nichts als Ruhe und Erholung von der Zukunftslosigkeit des deprimierenden Stempeldaseins. Wenn in die Proletarierviertel der Stadt nur ein Achtel von der Sonne scheint, die, nach dem Film, in Kühle Wampe nie unterzugehen scheint! So gut, wie der Film es von der Zeltstadt am Müggelsee berichtet, geht es keinem von jenen Millionen, für die der Raum an den märkischen Seen nicht ausreicht. Der Film unterläßt die Bilder vom wirklichen Elend.

Da liegen die Menschen auf dem Rücken und schlafen. Mitunter nicht man Frau und Mann, die sich zusammen unter eine Decke gelegt haben. Diese gegenseitige Nähe ist beruhigend. Jeder hört das Herzklopfen des anderen. Die Stadt ist so weit. Umsturz? Revolution? Schlaf! Ruhe!

Auf dem bewegten Wasser am Seeufer zappeln kleine Paddelboote. Ab und zu springt ein Außenbordmotor an. Manchmal brummt ein Rennboot über den See, teilt die Blüten und zeichnet einen spitzen Winkel mit Schenkeln aus weißem Schaum in das Wasser, der sich sofort wieder auslöscht. Der Motor hat das richtige Geräusch für Tonfilmaufnahmen.

Wenn Sonntagmorgens die Glocken von dem spitzen Kirchturm in Friedrichshagen herüberläuten, dann steigen diese Menschen, so wie sie die Natur geschaffen hat, ins Wasser und baden. So hat es der Film jedenfalls gezeigt. Und die Filmprüfstelle war der Ansicht, daß die Kolonisten nicht gerade ins Wasser steigen dürften, wenn die Kirchenglocken läuten. Denn das müßte als Gotteslästerung aufgefaßt werden ...

Wer selbst in Kühle Wampe gewesen ist, der findet die erste Entscheidung der Filmprüfstelle erst recht unverständlich ...

## Protest der soz. Ärzte gegen Freidenkerverbot

**Resolution:** Der „Verein Sozialistischer Aerzte“ erhebt schärfsten Protest gegen das durch Notverordnung erlassene Verbot des Verbandes proletarischer Freidenker und das von den Nationalsozialisten und Deutschnationalen verlangte Verbot des deutschen Freidenkerverbandes und der Vereine für Geburtenregelung.

Nach den fortgesetzten Attentaten auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse durch Lohnherabsetzung, Kürzung der kärglichen Bezüge der Arbeitslosen und Arbeitsinvaliden, nach den Angriffen auf die noch vorhandene soziale Fürsorge wütet die Kulturreaktion auf allen Gebieten, sei es durch Verbote von Büchern, Kunstwerken, Filmen, Versammlungen und Organisationen.

Der VSAe appelliert an die großen Organisationen der Arbeiterklasse, an die Gewerkschaften, Kultur- und Sportorganisationen, deren Existenz durch die faschistische Konterrevolution aufs äußerste bedroht ist, in letzter Stunde die einheitliche Abwehr zu organisieren. Nur der Kampfblock der Arbeiterorganisationen ohne Unterschied der Parteirichtung ist stark genug, den Faschismus zurückzuschlagen und den Sieg des Sozialismus zu erringen.

## Kleines Feuilleton

### Not darf nicht photographiert werden

Wie uns mitgeteilt wird, verboten die Behörden in Waltershausen, wo in den letzten Tagen wegen der Kürzung der Wohlfahrtunterstützung schwere Zusammenstöße stattfanden, das Photographieren dieser Ereignisse. Man will verhindern, daß Bilddokumente über diese Vorfälle, die für die ganze deutsche Arbeiterschaft von der größten Bedeutung sind, in der Öffentlichkeit erscheinen. Dies gewinnt umso größere politische Bedeutung, als in Waltershausen die Arbeiter aller Parteien, der SAP, der SPD sowie der KPD, einheitlich gegen die Verschlechterungen demonstrierten und kämpften.

Wie wir von der „AIZ“ erfahren, gelang es einem Arbeiterphotographen, trotz der

Schwierigkeiten eine große Anzahl äußerst aufschlußreicher Bilder über die Vorgänge in Waltershausen herzustellen.

### Vorbild für deutsche „Prominente“

Das Komitee, das über die Zuteilung des in der französischen Literatur sehr angesehenen „Prix du roman populaire“ zu entscheiden hat, erkannte ihn mit neun unter 12 Stimmen dem berühmten Romanschriftsteller Jules Romain zu. Als man Romain von dieser Ehrung telephonisch Mitteilung machte, erklärte er impulsiv, er sei zwar sehr gerührt, bitte jedoch, daß man die 500 Franken einem anderen, und zwar einem jungen Schriftsteller zukommen lasse, da der Sinn der Preisstiftung nicht die Ehrung eines anerkannten Autors bezwecke, sondern vielmehr die Aufmerksamkeit auf ein unbekanntes Talent lenken solle.

## Wieder zwei Opfer des Kapitalismus

Zwickau/Sa., 30. Mai 1932

Am Montag früh wurden auf der Haltestelle Ebersbrunn der Strecke Zwickau—Falkenstein die Leichen zweier Mädchen auf den Schienen liegend aufgefunden, denen die Köpfe vom Rumpf getrennt waren. Wie ermittelt wurde, handelt es sich um zwei junge Mädchen im Alter von 18 bis 20 Jahren. Die beiden Freundinnen sind am Sonntag von Elfeld her zu Fuß gekommen und haben auf dem Bahnsteig sitzend das Eintreffen des ersten Güterzuges um 3.30 Uhr abgewartet, von dem sie sich überfahren ließen. In hinterlassenen Briefen geben die Mädchen an, aus Not gehandelt zu haben.

Dazu bemerkt Hugenbergs Telegraphen-Union, die es ja wissen muß, der Beweggrund sei wenig glaubwürdig, da das eine Mädchen noch in Beschäftigung stand und die andere erst am Sonnabend erwerbslos geworden ist.

Zwei junge Mädchen leblos auf den Schienen ... Die eine gekündigt, die andere vielleicht einzige Verdiennerin in einer großen notleidenden Familie. Proletariers Schicksal im Kapitalismus. Aber mit ein paar hohlen Worten setzen sich die Machthaber darüber hinweg. Was kommt es ihnen auf ein paar Leichen mehr oder weniger an, die auf dem Schlachtfeld des Kapitalismus liegen ...

## Der Scharfrichter wieder im Dienst

Offenbach, 30. Mai 1932

Am Montag früh wurde in Baden das erste Todesurteil seit der Revolution vollstreckt.

Es handelt sich um die Hinrichtung des Karl Wiederrecht, der wegen der Ermordung einer Greisin, in deren Diensten er stand, zum Tode verurteilt worden war.

Auch im „freiheitlichen Musterlande“, das seit 14 Jahren die Durchführung der mittelalterlichen Todesstrafe ausgesetzt hatte, wittert die Reaktion Morgenluft.

## Gerettete Schiffbrüchige abgestürzt

Paris, 30. Mai 1932

Das seit einigen Tagen schon vermißte Flugzeug mit dem französischen Ehepaar und einem französischen jungen Mädchen, die bei der Katastrophe der „George Philippart“ gerettet worden und von Brindisi nach Frankreich gestartet waren, ist jetzt zerschmettert bei Frosinone gefunden worden. Die vier Insassen waren tot.

## Schiffsuntergang auf dem Yangtse

Schanghai, 30. Mai 1932

Der chinesische Dampfer „Ling“ ist oberhalb von Itschang auf dem Yangtse-Fluß gesunken. Die Zahl der Todesopfer steht noch nicht fest; sie soll jedoch erheblich sein.



### Radio am Sonntag

Es ist zum Verzweifeln, Sonntags vormittags das Radio anzustellen. Wohin man auch hört:

**auf allen Wellen wird in Religion gemacht.** Morgens Gottesdienst, vormittags Gottesdienst, mittags Kantaten. Zugegeben, daß die aus Leipzig regelmäßig zur Uebertragung gelangenden Kantaten-Aufführungen musikalisch wertvoll sind, aber wir wollen etwas anderes als Religion zum Frühstück vorgesetzt bekommen.

Da freute es uns denn auch einmal wieder, als für letzten Sonntag mittag wenigstens eine

### Freidenker-Sendung

angekündigt war. Aber: sie fiel aus! Weshalb wohl? Die Funkstunde ist allen proletarischen Hörern, die vergebens auf die angekündigte Uebertragung warteten, die Antwort schuldig. Hat der Bischof von Berlin Einspruch erhoben, oder Herr Brüning? Oder Schleicher, Goebbels und Konsorten?

Nachher Reue kommt zu spät, tue was Vernunft Dir rät!

Nimm ~~Freidenker~~ gegen Infektion!



Alles für die Qualität!

# Vollen Tabakwert für Ihr gutes Geld.

das bietet Juno!

Sie ist seit 37 Jahren die bevorzugte Marke aller Schaffenden und erreichte dies ohne Wertzugaben wie Gutscheine, Wertmarken oder Stickereien.

Allein ihrer wertvollen Eigenschaften wegen leistet unserer

# JUNO

ein ständig zunehmender Freundeskreis treue Gefolgschaft.



## Heidelberg

**Reformistische Argumente.** Zunächst gratulierte ich der Soz. Studentenschaft Heidelberg für ihre Entwicklung innerhalb eines Jahres. Damals hielt sie noch Arbeitgemeinschaften ab, da das Wesen des Reformismus zeigte, Late hat sie den Vater des modernen Reformismus, Fritz Naphtali, in öffentlicher Versammlung sprechen. Mit diesen Worten kennzeichnete unser Genosse Max Diamant die S. St. Heidelberg, die zusammen mit SPD und ADGB im Heidelberger Gewerkschaftsbund Fritz Naphtali über das Thema „Arbeitspolitik in der Krise“ sprechen ließ. Daß diese Wandlung sich nicht nur politisch, sondern auch moralisch ausgewirkt hatte, zeigte der Verlauf der Versammlung. Schon der Beginn der Diskussion war vielversprechend. Nachdem Naphtali in 2 1/2 stündigen Ausführungen die vulgärökonomischen Platteitigkeiten des Reformismus ausgiebig breittreten hatte, hielt man 10 Minuten Redezeit für Diskussionsredner für ausreichend. Wer dagegen meinte, würde von den zahlreich erschienenen Apparatenmenschen der SPD und dem ADGB unter Zustimmung der anwesenden sozialdemokratischen Studenten einfach mit dem Ausdruck „Spalter“ tituliert. Diesen Ausdruck mußte sich auch das SPD-Mitglied Professor Gumbel gefallen lassen, als er als erster Diskussionsredner feststellte, daß Naphtali darüber gesprochen habe, „wie man auf möglichst liberale Weise, ohne dem Kapitalismus weh zu tun, aus der Krise herauskommen könne. Doch ihn schätzte wenigstens noch sein SPD-Parteibuch. Nachdem Diamant als zweiter Diskussionsredner nach dem eingangs erwähnten Satz noch die „Theorien“ Naphtalis nur als neuaufgetakeltes Bernsteinianertum gekennzeichnet hatte, brach der, wie wir deutlich feststellen konnten, von dem in der SAZ schon zweimal genügend gebrandmarkten Gewerkschaftssekretär Rausch inszenierte Enttäuschungssturm los, d. h. man hinderte Diamant durch wüsten Gebrüll am Sprechen. SPD-Student sticht als Versammlungsleiter tolerierte dieses akademische Verhalten, er hatte sogar die Freiheit, den anwesenden Mitgliedern des SSV vorzuwerfen, sie hätten die SSt Heidelberg gespalten. Sticht ist der typische umgefallene SPD-Oppositionelle, der der SPD-Opposition immer mangelnde Konsequenz vorwarf, da sie nicht die Partei verjasse und zur KPD gehe; er selbst konnte nach eigenem Geständnis aus Mangel an revolutionärem Mut diesen Weg nicht gehen, er blieb lieber bei den Pfründen der SPD. Jedermann weiß, daß dieser Renegat im Auftrage des SPD-Apparates die Heidelberger SSt, die trotz der Berlowitze zusammenbleiben wollte, hinterrücks spaltete.

## Niederzwehren b. Kassel

**Faschistische Klassenjustiz schmiedet proletarische Einheitsfront.** 44 Monate Gefängnis verhängte das reaktionäre Kasseler Gericht, dessen Faschistenfreundlichkeit durch viele Prozesse schon berüchtigt ist, gegen 8 sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter, die in eine Rauferei mit den Nazis verwickelt wurden. Ernstliche Verletzungen sind bei den Schlägereien, abgesehen von einigen Hautabschürfungen und Prellungen, keinem Beteiligten entstanden. Die Anklage richtete sich, wie meistens in solchen Fällen, nur gegen die Linken. Unter früheren Verhältnissen wären solche Delikte mit kleinen Geldstrafen geahndet worden, heute aber im Stadium des verschärften Klassenkampfes der Kapitalisten gegen das Proletariat werden sie zu Staatsaktionen gestempelt und mit barbarischem Strafmaß geahndet, wenn sie von links begangen werden. Sind die Günstlinge dieses Systems aber einmal in ähnlichen Raufereien und im feigen Ueberfall von Mehrheiten auf Minderheiten von vornherein ganz einwandfrei als die allein Schuldigen gestempelt, wie dies der Fall bei dem Ueberfall eines Niederzwehener Reichsbannertrupps durch Nazis, dann stellt sich die blinde Justitia schützend vor die Nazis und erteilt durch Freispruch Freibrief zu weiteren Schandtaten gegen klassenbewußte Arbeiter. Die Niederzwehener Sozialdemokraten und Kommunisten, die schon öfters bei kleinen Zusammenstößen mit den Nazis Schulter an Schulter kämpften, benutzen nun diesen Prozeß, in dem ihre Genossen zu jener provokatorischen Strafe verurteilt waren, dazu, ihre Einheitsfront auch öffentlich zu demonstrieren. In überfüllter Versammlung mit ca. 350 Teilnehmern wurde Protest gegen das Schandurteil erhoben und Solidarität zu den Verurteilten bekundet. Einberufen waren Rote Hilfe, Kommunistische und Sozialdemokratische Partei, die auch je einen Referenten stellten. Einmütig bildeten sie das Präsidium, und einmütig sprach auch aus ihren Vorträgen. Keine Gehässigkeit mehr, kein Wort des Vorwurfs des Verrats. Nichts zu hören von der schändlichen Theorie des Sozialfaschismus der KPD-Zentrale, nichts zu hören von den Parolen des SPD-Reichsbannerverbandes, wie Kampf dem Bolschewismus, Staatstreue und Revolutionsablehnung. — Bravo, ihr Niederzwehener Arbeiter! Das ist die Plattform, auf der die sozialistische Bewegung wieder erfolgreichen Kampf führen kann gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Laßt sie euch nicht wieder zerschlagen durch verblendete Führer. Erhalten sie auch durch unerschütterliche proletarische Solidarität! Merkt euch die Worte, die euch der kommunistische „Rote-Hilfe“-Sekretär, Genosse Neubauer, zurief und handelt danach: „Reißt die Mauern nieder, werft sie in die trennende Kluft! Wer einen Stein zur Trennung wieder aufbaut, ist ein Schuft!“

Freudige Kampf Stimmung beherrschte die Versammlung und Beifallstürme durchbrausten das Haus, wenn die Redner die Notwendigkeit und den Willen zur kämpfenden roten Klassenfront betonten. Historisches Ereignis wurde diese Veranstaltung genannt. Das geheime

# Organisierter Naziüberfall auf SAP-Genossen

## Feiges Verhalten der Nazis vor Gericht

Frankenthal, 30. Mai 1932

Unter dem ermutigenden Eindruck des systematischen Naziterror, gegen die Arbeiter, veranstalteten die SA-Leute der Frankenthaler Gruppe am 29. 2. (kurz vor der ersten Präsidentschaftswahl) eine Razzia mit Farbtopf und Revolver auf die Wohnung unserer Genossen Keller. Es war Anklage erhoben worden wegen Landfriedensbruchs. Unter Anklage standen Genosse Keller, der nach Aussage der Nationalsozialisten scharf geschossen und einen der ihnen leicht verletzt haben soll. Außerdem sieben Nationalsozialisten — Graf, Hölder, Kummermehr, Emmering, Ernst, Wagner und Müller —, die an der gewalttätigen Zusammenrottung beteiligt waren. Der Verlauf war kurz folgender:

Keller, der in der ertelichen Wirtschaft saß, bekam mitgeteilt, daß an der Toröffnung ein großes rotes Hakenkreuz aufgemalt worden sei. Da sich die provokatorische Schmeichelei auf die politische Einstellung Kellers bezog, hatte dieser ein berechtigtes Interesse, die betreffenden Nazis festzustellen, um sie der Polizei zu melden. Er traf auch zwei Nazis mit einem roten Farbtopf einige Straßen von der ertelichen Wirtschaft entfernt. In Kellers Begleitung befanden sich zwei weitere Genossen. Es entwickelte sich ein heftiger Wortwechsel, in dessen Verlauf der Farbtopfträger auf das freche behauptete, daß die rote Farbe in der Toröffnung eine andere als seine im Topf sein müsse; er erklärte sich bereit, die Farbe zu vergleichen. Einige Schritte lief er mit und riß sich dann los, was Keller veranlaßte, mit der auf dem Richtertisch liegenden Scheintodpistole Schreckschüsse abzugeben. Die drei Genossen Keller, Rohrbacher und Schmidt hörten aus der entgegengesetzten Richtung scharfe Schüsse fallen. Das war für die drei Genossen das Signal zur Umkehr. Auf dem Heimweg zur ertelichen Wirtschaft stürzte aus einer Straßenecke eine Nazirotte von 15 Mann auf die drei. Die Nazis bildeten sofort eine Sperrkette, bei der ein mit Nazis besetztes Auto den Sperrdienst auf der Straßennitte durchführte. An Zahl weit überlegen und gut ausgerüstet mit Schlägern,

hieben die Nazis bestialisch auf die drei Genossen ein, die, schwer blutend, sich noch losreißen konnten. Einige in der Nähe wohnende Genossen,

die ahnungslos und viel später auf die Straße kamen, ebenso Arbeitersportler, die von der Sportstunde zurückkehrten, wurden zum Teil schwer mißhandelt und ebenfalls mit scharf geladenen Waffen bedroht.

Bei der Vernehmung konnte Genosse Keller mit klaren, bestimmten Worten den Vorgang schildern. Ein trotteliges Bild boten die Aussagen der angeklagten Hitlerleute, die brutal und bestialisch, stur und großmäulig an eigenen Klassengenossen handeln konnten, aber vor Gericht einen erbarlichen und feigen Eindruck machten, so daß selbst die Richter oft unwirksam diese unwürdige Haltung kennzeichneten.

Bei der Zeugenvernehmung ergab sich, daß die nazibelastenden Aussagen von den Angeklagten strikte in Abrede gestellt wurden. Die Zeugen der Nazis, alles Pgs. z. T. Mitheteilige und SA-Leute, versuchten ein „heimliches Bild“ zu konstruieren, doch ergaben sich dabei die unglaublichsten Widersprüche.

Die eintägige Verhandlung konnte nicht den Beweis erbringen, daß von seiten der SAP-Leute scharf geschossen worden ist. Im Gegenteil bewiesen die Aussagen verschiedener Zeugen, daß in den Händen der Nazis scharfe Waffen gesehen worden sind.

Der Staatsanwalt begründete den Strafantrag — 9 Monate Gefängnis für Keller — damit, daß wohl auf dem Richtertisch eine Scheintodpistole läge, daß jedoch die „Wahrscheinlichkeit“ dafür spreche, daß Keller scharf geschossen haben müsse. Nach längerer Beratung verkündete das Gericht folgendes Urteil:

Keller erhält wegen Vergehens gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten und gegen das Schußwaffengesetz 6 Monate Gefängnis. Graf wegen eines Vergehens des Landfriedensbruchs 4 Monate, Kummermehr wegen des Vergehens des Landfriedensbruchs und einer verwirklichten Gefängnisstrafe von 3 Wochen insgesamt 6 Monate und 1 Woche, Ernst, Emmering und Wagner wegen Vergehens des Landfriedensbruchs je drei Monate. — Die Verurteilten haben die Kosten zu tragen. Von der Gewährung einer Bewährungsfrist hat das Gericht ausdrücklich Abstand genommen, um den politischen Ausschreitungen einen Damm zu setzen.

## Hagen

Gerüchte um den Saalbau. Im Herbst wurde der Hagener Saalbau eröffnet, dem die Konzession mit der Begründung erteilt worden war, daß es in der Mittelstadt an Versammlungsräumen fehle. Von vornherein war das Unternehmen finanziell stark belastet, so daß es sich nur mit Mühe und Not vermehrt einiger Veranstaltungen durch die Wintermonate schleppen konnte. Bei der unvermeidlichen Zwangsversteigerung erhielt eine süddeutsche Bodenkreditbank den Zuschlag. Der bisherige Pächter zog es vor, das Haus zu räumen. Die wirtschaftliche Vereinigung der geschädigten Bauhandwerker versucht nun, für die Lokaltäten und oberen Räume einen Pächter zu finden. Bei der notwendigen Pachtsumme erscheint aber jede Rentabilität von vornherein in Frage gestellt. Seit langem gehen Gerüchte um, daß der Hagener Saalbau zum Hagener Braunen Haus gemacht werden soll. Angeblich wird in das erste Stockwerk die Kreisgeschäftsstelle verlegt.

Sühne für den Einbruch ins Justizgebäude. Mitte voriger Woche drang der wegen eines Sittlichkeitsdeliktes zu einem Jahr Gefängnis verurteilte und aus dem Staatsdienst entlassene Justizwachtmeister K. mit einem Komplizen in das Hagener Justizgebäude ein. K. konnte verhaftet werden und wurde vom Schnellrichter zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Toter bei einer Explosion. Auf bisher ungeklärte Weise explodierte bei der Wippermann-AG in Obersteltern ein Gashärteofen. Die herausgeschleuderte Eisentür traf den Schlosser Franz Hano so unglücklich, daß er auf der Stelle getötet wurde. Hano war erst sechs Wochen verheiratet.

Die vermißte Frau Schnur als Leiche gefunden. Die von zwei Waldarbeitern in der Nähe des Gutes Reichsmark in Dortmund aufgefundene Frauleiche ist von der Kriminalpolizei identifiziert worden. Es handelt sich um die 51 Jahre alte Witwe Schnur aus Hagen-Haspe, die seit dem 4. April vermißt wird.

## Solingen

Hungernden Erwerbslosen droht der Gummiknäuel. In den letzten Tagen, anlässlich der Erwerbslosendemonstrationen, kam es verschiedentlich zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die geplanten Verschlechterungen der Arbeitslosenunterstützungen und der schon teilweise durchgeführten Senkung der Wohlfahrtsunterstützung haben eine ungeheure Empörung und Erbitterung hervorgerufen. So kam es im Stadtteil Wald zu einer spontanen Demonstration. Die herbeigeilte Schupo schlug wie wild mit ihrem Gummiknäuel drauf los, während auf dem Wagen des Ueberfallkommandos ein leichtes Maschinengewehr schußbereit gemacht wurde. Unbeteiligte

Passanten wurden auf offener Straße nach Waffen durchsucht. Dem besonnenen Verhalten der Arbeiter schaffte es zu verhindern, daß schwere Zusammenstöße vermieden wurden. — Auch in Alt-Solingen wurde an verschiedenen Stellen demonstriert. Die Polizei griff auch hier ein und erwiderte durch fortwährendes Schwingen der Gummiknäuel die Aufregung der Züge. Vor dem Betreibe der Firma Kellers und Albers kam es dabei zu einer Schererei, durch die ein Polizeibeamter leicht verletzt worden sein soll. Obgleich Demonstrationen durch die Schüsse der Polizei verletzt wurden, ließ sich in der Nacht feststellen. — Blau-Bohnen und Gummiknäuel sind ausgenommen ein Unverhältnismittel gegen Elend und Hunger. Dem ist auch die Meinung des „jüngeren Volkstetters“, das am 27. Mai u. a. schreibt: „Der Reichspräsident hat vor allem Wert darauf, daß das Inkomfort mit einer starken Persönlichkeit besetzt wird. Das ist eine Notwendigkeit, von der man gerade angesichts der sich täglich häufenden Erwerbslosenunruhen durchdringen sein dürfte.“

Der Bericht des Arbeitsamtes vom 15. Mai ist gegenüber dem vorletzten Bericht wenig verändert. Das Elend ist dabei kurzzeitig Beschattungen von nicht bis vierzehn Tagen verzeichnen profane Als und Fuzung. Im allgemeinen aber bleibt der Stand der Arbeitslosen auf dem hohen Niveau.

## Neumünster

Die „Eiserne Front“ marschiert! Demal in zwei Kolonnen: Kolonne Schwarz und Kolonne Rosa! Kolonne Schwarz marschierte am Donnerstag. Der Anlaß war — das Froleichnamensfest! Von der Herr Kolonne im Schutze eines Baldachins, andächtig in ein Gebet vertieft, angetan mit prunkvollem Talari, Pflanzstern die weißbrauch schwingenden Checkkuben und das sonstige rituelle Brindoriana. Ca. 300 Menschen folgten ihrem heiligen Vater mit sichtbarem Ernst. Im Jahre des Heils 1932 zu Ehren des corpus Christi! Das Mittelalter zog vorüber. Es noch nach zudringliche Vergangenheit. Arbeiter der „Eiserne Front“, das waren eure Bundesgenossen! Wie lange noch? — Und die Kolonne Rosa? Sei marschiert zum freiwilligen Arbeitsdienst und plantiert den Schutberg. Der Anführer ist Walter Hohenschaen, das von Bagden bemutterte und von Karl Feldmann mit Oppositionsmilch gezogene Flaschenkind. Hina sei die vor Jahresfrist bei der SPD erscheinene „Schipp, schipp, hurra“-Brochure angelegentlich empfohlen. Daß zum Arbeiteldest nur die zugelassen sind, die reguläre Erwerbslosenunterstützung beziehen, während Ausgesteuerte überhaupt nicht in Frage kommen, sei nur nebenher erwähnt.

## Stralsund

Erst weiße Bohnen der „Winterhilfe“ und dann — „blaue Bohnen“ der Polizei. Sonderbare Methoden zeigt hier die sogenannte Winterhilfe, die eigentlich schon gar nicht mehr besteht und ihre Tätigkeit eingestellt hatte. Die Kreise um diese „Winterhilfe“ scheinen sich darüber klar geworden zu sein, daß die hungernden Proletarier von Tag zu Tag unzufriedener und rebellischer werden. Nun will man anscheinend noch vorbeugen, um später als Unschuldssengel dazustehen. „Wir haben alles getan, was in unseren Kräften stand, aber die Arbeiter sind ja nie zufrieden“ wird der evangelische Pfaffe als Leiter der „Winterhilfe im Sommer“ sagen. Ausgerechnet erhalten in diesen heißen Tagen eine Anzahl bedürftiger Proleten, darunter auch einige SAP-Genossen, welche sich anscheinend etwas energisch für ihre Forderungen im Wohlfahrtsamt betätigt haben, Gutscheine zugesandt, welche zum Empfang von drei Pfund weißer Bohnen in „Kaisers Kaffeegeschäft“ berechtigen. Im Winter, wo alle Bedürftigen sehr gerne die weißen Bohnen gebrauchen konnten, erhielten sie keine, und jetzt gibt man sie den Erwerbslosen.

## Zeitz

Stadtverordnetenversammlung. Goldstein (SPD) verlas lange Erklärungen und Fragen, weil der Magistrat die in der letzten Versammlung zum Etat angenommenen Verbesserungsanträge noch nicht durchgeführt hatte. Der Ober erklärt, sie schwebten noch beim Magistrat. Die KPD bringt einen Protest gegen die kommende Notverordnung ein, dieser wird mit vereinzelter Stimmen sogar aus bürgerlichem Lager angenommen. Der nationale Vorsteher hat überhaupt noch nichts „gehört“ von der neuen Notverordnung. Trockene Zahlenberichte und Abrechnungen füllten die Tagesordnung und leerten die Abgeordnetenbänke. Nur, als der ehemalige Nazi Liebmann jetzt für seltene Pflanzen vom SPD-Dezernent Müller in der Stadtgärtnerei untergebracht, seine weiße Weste und sein Rechtsempfinden gegen die ehemaligen Parteigenossen verteidigt, kommt Leben ins Haus.

## Organisationsnachrichten

SAP Hamburg, Stadtteil St. Georg N. u. S.: Mitgliederversammlung ausnahmsweise erst am 2. Dienstag im Juni, also 14. Juni, 20 Uhr, im Volkshaus, Sachsenstr. SAP Kassel: Außerordentliche Generalversammlung Mittwoch, 1. Juni, 20 Uhr, im Lokal Martinisssa, Mittelgasse. Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig. Geschäfts- und Kaszenberichte des provisorischen Vorstandes, Neuwahlen, Anträge, Verschiedenes.

Stächt unsere Presse!

Kauft Gutscheine!

# Arbeitsdienst für militärische Befestigungsanlagen!

Königsberg, 26. Mai. Das Wehrkreiskommando I in Königsberg teilt mit: Die latenten Bedrohungen der vom Reich abgetrennten Provinz haben das Reichswehrministerium veranlaßt, ihre Verteidigungsfähigkeit im Rahmen des durch das Versailler Diktat Erlaubten zu verbessern. Hierfür zur Verfügung gestellte Mittel würden zur Verstärkung des sogenannten „Heilsberger Dreiecks“ benutzt, um der Abwehrkraft der Provinz ein weiteres Rückgrat zu geben. Die erforderlichen Geländeverstärkungen wurden zum großen Teil an provinzielle Baufirmen vergeben. Daneben dürfte auch der freiwillige Arbeitsdienst zum Einsatz gelangen. Abgesehen von dem Zwecke der Geländeverstärkung, sollen diese Arbeiten auch im Interesse der Arbeitsbeschaffung zu begrüßen . . .“

Diese Meldung, von uns erstmals der Öffentlichkeit unterbreitet, würde zweifellos als Landesverrat verfolgt werden. Aber diesen Verrat militärischer Geheimnisse unter Berufung auf das Wehrkreiskommando I (Ostpreußen) hat der deutsche „Tag“ (26. Mai) begangen, so daß der Staatsanwalt uns gegenüber das Nachsehen hat.

An der Meldung selbst fällt auf, daß von einer „latenten (in der Luft klingenden) Bedrohung“ gesprochen wird, und daß diese Meldung herankommt unmittelbar nach der geheimnisvollen Brünning-Rede im Reichstagsausschuß. Diese auffallende Tatsache wird zwar entkräftet durch einen späteren Satz in dieser Verlautbarung, wonach die neue Verstärkung keineswegs auf eine Verschärfung der Bedrohung der Provinz zurückzuführen sei. Aber immerhin kauft hier ein Widerspruch . . . und die angebliche Bedrohung der Provinz wird ständig betont.

Die zweite uns interessierende Tatsache ist die, daß

## der freiwillige Arbeitsdienst für rein militärische Zwecke eingesetzt

wird. Soweit uns bekannt, ist dies der erste derartige Fall. Daß die militärische Geldverschwendung als „Arbeitsbeschaffung“ bezeichnet wird, legt ferner noch den dringenden Verdacht nahe,

## daß Gelder der „Arbeitsbeschaffung“ für militärische Befestigungsarbeiten durch „freiwilligen“ Arbeitsdienst ausgegeben werden sollen.

Das bedeutet die so gut wie zwangswise Militarisierung der erwerbslosen Jugend!

Der Umstand, daß eine derartige, eigentlich doch recht vertrauliche Tatsachen enthüllende Mitteilung von Seiten der Reichswehr gemacht wird (sicherlich mit Wissen des Wehrministeriums), kann man auffassen als einen Versuchsbau, gegenüber der SPD und den Gewerkschaften.

Wir sind darum neugierig, wie die SPD und die Gewerkschaften zu dieser Art Arbeitsdienst und Arbeitsbeschaffung stehen. Schweigen wäre hier Duldung. —

Die Meldung beleuchtet blitzartig die ungeheure Gefahr, vor der die Arbeiterklasse steht.



Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Übersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

### 20. Fortsetzung

Am Markt die Polizeiwache. Ein grünllicher alter Wachtmeister aus seiner Ruhe aufgestört: „Ihr Penner, ich werde euch einsperren . . . Ihr Penner.“

Orje ist demütigt. „Wenn wir den Herrn Kommissar noch so spät bemühen dürften . . . Wir ham ja man so'n Hunger . . .“

Diese Nacht schlafen sie in der Arrestzelle. Der Wachtmeister hat nicht einmal ihre Papiere sehen wollen. Aber Essen gibt es nicht mehr heute. Morgens wird aufgeschlossen. „Raus!“, und sie haben einen Schein und dafür können sie sich jeder zwei Pfund Brot kaufen.

Besser wie nichts. Immer weiter . . . die Straße geht manchmal in den Himmel und dann geht sie wieder bergab. Links sind Wälder und rechts. Dann kommen Wiesen und Felder und überall arbeiten fleißige Menschen.

Hans und Orje liegen am Waldrand. Die Jacke aus, das Hemd herunter. Die Sonne scheint ihnen auf den Leib. Bis in den Schlaf hinein hört Hans die Vögel singen. Wie das jubelt und jauchzt und wie die das so fertigbringen. Hans hat das noch nie in seinem Leben so gehört. Er schläft tief und traumlos, aber er hört alles um sich herum.

Dann ist er wach und sieht das Laub über sich. So schön, so schön, so schön, denkt er.

Die SPD-Arbeiter müssen jetzt von ihrer Partei verlangen, daß sie gemäß den Beschlüssen der II. Internationale energisch, und nicht nur in Worten, gegen die neuesten Pläne des Militärs Stellung nimmt.

Übrigens: Werden für diese Befestigungsanlagen, soweit sie vom „freiwilligen Arbeitsdienst“ geleistet werden, Gelder der Reichsanstalt in Anspruch genommen?

## Ausbau statt Beseitigung

Amtlich wird mitgeteilt:

„Zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung hat der Reichsarbeitsminister besondere Bestimmungen über den freiwilligen Arbeitsdienst für landwirtschaftliche Siedlungen erlassen, die den verstärkten und vereinfachten Einsatz von Arbeitsdienstwilligen im Rahmen eines landwirtschaftlichen Siedlungsverfahrens ermöglichen. Die neuen Bestimmungen bringen eine Erweiterung des förderungsfähigen Personenkreises. Hilfsbedürftige Arbeitsdienstwillige unter 25 Jahren können in Zukunft während des Arbeitsdienstes eine Unterstützung bis zu 2 RM. täglich aus Reichsmitteln auch dann erhalten, wenn sie nach den sonstigen Vorschriften der Verordnung nicht gefördert werden konnten. Ferner kann die Förderungslauer bis zur Beendigung des Siedlungsvorbauens, regelmäßig jedoch nicht über 40 Wochen hinaus, verlängert werden. Es ist auch die Möglichkeit geschaffen, unter Umständen Beihilfen zu den erforderlichen Kosten der Arbeitsausrüstung und zu den Reisekosten zur Arbeitsstelle zu gewähren. Um endlich den Einsatz des freiwilligen Arbeitsdienstes bei landwirtschaftlichen Siedlungen möglichst zu beschleunigen, soll in der Regel der Vorsitzende des Arbeitsamts des Dienstortes über Anerkennung und Förderung der Arbeiten selbständig entscheiden können. Er ist auch mit Rücksicht auf die oftmals zeitraubenden Feststellungen über die Förderungsfähigkeit der Arbeitsdienstwilligen ermächtigt, dem Träger der Arbeit in geeigneten Fällen Vorzuschüsse auf die Förderungssumme zu zahlen. Die Verordnung tritt am 6. Juni 1932 in Kraft.“

Diese Bestimmungen laufen auf eine ganz beträchtliche Erweiterung des Arbeitsdienstes und damit jener Experimente hinaus, die allen anderen Zwecken dienen als etwa der Arbeitsbeschaffung, dafür aber hohe Kosten verschlingen und die Finanzen der Arbeitslosenversicherung noch weiter zerrütten.

## Sklarek-Prozeß geht weiter

Im Sklarekprozeß wurde am Montag das Plädoyer von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weilenberg fortgesetzt. Da die prozessualen Schwierigkeiten in der letzten Woche, die durch den Selbstmordversuch des Bürgermeisters Kohl bestanden, aus dem Wege geräumt sind, ist nun mit einem normalen Prozeßverlauf zu rechnen. Die Strafanträge der Staatsanwaltschaft werden noch im Laufe der Woche gestellt werden.

## Schiedsspruch im Ruhrbergbau

TU. Essen, 30. Mai 1932

In dem Lohn- und Manteltarifstreit im Ruhrbergbau fielte am Montag nach kurzer Verhandlung der Schlichter Professor Brahn einen Schiedsspruch, durch den die Lohnordnung um zwei Monate verlängert wird.

Über die im laufenden Manteltarifvertrag geregelte Arbeitszeit soll erst verhandelt werden, wenn über das Mehrarbeitsabkommen, das zum 30. September dieses Jahres erstmalig kundbar ist, verhandelt wird. Der Manteltarif läuft mit einigen Änderungen in der Urlaubsfrage bis zum 31. März 1933.

Die Nachverhandlungen finden am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium in Berlin statt.

Daß der Schlichter, offenbar auf Anweisung der Regierung, jetzt einer Entscheidung für zwei Monate ausgewichen ist und die bekannten Unternehmerforderungen auf „Auflockerung“ der Tarife vertagt wurden, ist wohl darauf zurückzuführen, daß im jetzigen kritischen Moment des Regierungswechsels jede Beunruhigung der Bergarbeit vermieden werden soll.

## Ab Mittwoch verbilligtes Reisen

Am Mittwoch, den 1. Juni treten die neuen Fahrpreisermäßigungen der Reichsbahn in Kraft, durch die bekanntlich die bisher gültigen Sätze für Schnell- und Eilzugszuschläge um die Hälfte herabgesetzt werden.

Eine besondere Verbilligung erfährt außerdem vom gleichen Zeitpunkt ab der Sommerurlaubsverkehr. Bis zum 15. Oktober 1932 werden die sogenannten Sommerurlaubskarten mit 20prozentiger Ermäßigung ausgegeben, deren Geltungsdauer zwei Monate beträgt. Um einem Mißbrauch für andere Zwecke als Erholungsreisen vorzubeugen, muß die Hinreise am 1. Geltungstage angetreten werden, während die Rückreise frühestens am 11. Geltungstage erfolgen darf, wobei auf der Rückfahrt dreimalige Fahrtunterbrechung gestattet ist. Sommerurlaubskarten werden für alle Verkehrsverbindungen der Reichsbahn aufgelegt, für die auch gewöhnliche Fahrkarten vorliegen. Dabei ist die Mindestentfernungsgrenze auf 200 km festgesetzt. Bei Benutzung von Schnell- und Eilzügen ist der tarifmäßige Zuschlag zu zahlen. Bereits 10 Tage vor dem ersten Geltungstage werden die Sommerurlaubskarten an den Fahrkartenausgaben und an den Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebüros (MER) zur Verfügung gestellt. Es wird zweckmäßig sein, sich möglichst fünf Tage vor Abfahrt in den Besitz der Karten zu setzen, um Schwierigkeiten in der Abfertigung zu vermeiden. Die Sommerurlaubskarten sind nicht übertragbar und müssen von Inhaber mit Tinte oder Tintenstift unterschrieben werden. Da die Feriensonderzüge gleichfalls eine Ermäßigung von 20 Prozent genießen, werden an den Tagen, an denen Feriensonderzüge verkehren, nach den Zielen dieser Züge keine Sommerurlaubskarten ausgegeben werden.

Die Preise für Zeitkarten bei der Reichsbahn

erfahren dadurch eine Verbilligung, daß die große Spanne, die zwischen den Zeitkartenpreisen für Personen- und Eilzüge und zwischen den Zeitkartenpreisen der 2. und 3. Klasse besteht, verringert werden. Die Monatskarten dritter Klasse mit Eilzugberechtigung hat beispielsweise jetzt den selben Preis wie die Monatskarte für den Personenzug in der zweiten Klasse. Ein Inhaber einer Monatskarte für zweiter Klasse Personenzug darf also ohne weiteres einen Eilzug in der dritten Klasse auf Grund seiner Monatskarte benutzen, bzw. darf der Besitzer einer Monatskarte dritter Klasse mit Eilzugberechtigung zug in der zweiten Klasse fahren. Bisher war die Spanne zwischen diesen einzelnen Zeitkartenpreisen weitaus größer und komplizierter. Die neue Staffellung findet Anwendung bei den Monatskarten, Schülermonatskarten und Teilmonatskarten.

## „Nationale Einheitsliste“ in Hessen

Der Ausschuß für bürgerliche Sammlung in Hessen veröffentlicht eine Mitteilung, in der es heißt, daß Landvolkpartei, Deutsche Volkspartei, Christlich-Sozialer Volksdienst, Staatspartei, Wirtschaftspartei und Volksrechtspartei sich unter dem Kennwort „Nationale Einheitsliste“ zusammengeschlossen und einen Wahlvorschlag aufgestellt haben. Die an der Einigung beteiligten Parteien würden vorläufig ihre organisatorische Selbständigkeit bewahren, doch sei ein Anfang gemacht zu einem späteren engen Zusammenschluß auf völlig neuer Grundlage. Die Einheitsliste sei zustande gekommen auf einem Programm, das den Kampf gegen die sozialistischen Ziele der Sozialdemokratie, Kommunisten und die Nationalsozialisten verlange und sich nachdrücklich für die Erhaltung des Privateigentums und der freien Wirtschaft sowie für die Stärkung bürgerlicher Weltanschauungen einsetze. Die Veröffentlichung des Wahlvorschlages werde in den nächsten Tagen erfolgen.

Vom Nationalsozialismus rettungslos überannt, versuchen die alten Parteien des Bürgertums, die von ihnen verbliebenen Scherben zu einem Topf zusammenzuleimen, um in ihm die Stimmen derjenigen Wähler zu sammeln, die sich noch nicht zum Abmarsch zu Hitler entschließen können. Der Topf wird als „Nationale Einheitsliste“ präsentiert. Auch das ist ein Zeichen der Zeit. Wie unmittelbar nach der Revolution alle bürgerlichen Parteien das Wort „Volk“ in ihr Namensschild aufnahmen, so drapiert sich heute alles als „national“. Damit ist auch der wirkliche Sinn dieser „bürgerlichen Sammlung“ klargelegt: ihr Kampf gilt einzig und allein der Arbeiterklasse, und darüber kann auch der Umstand nicht hinwegtäuschen, daß auch den Nazis der Kampf erklärt wird. Dieser wird mit dem Tage aufhören, an dem die Nazis aufhören werden, ihre verlogene Arbeiterfreundlichkeit abzustreifen.

## Postbeamtenstreik beendet

Wie der Schanghaier Vertreter von Lloyds telegraphisch mitteilt, ist der Streik der Postbeamten in Schanghai beigelegt worden. Die Streikenden haben ihren normalen Dienst wieder aufgenommen.

Tapfer. Tapfer. Vielleicht wird doch noch alles gut. Nur weiter.

Hans weint, wie seit seinen Kindertagen nicht mehr. Ach, Mutter . . .

„Bist wohl doof . . .“

Orje ist wach.

Aber Hans weint noch eine Weile weiter. Es tropft und tropft . . .

Ach, Mutter . . .

Laß doch Orje ihn ruhig anstarren und lachen.

Aber Orje lacht ja nicht. Er weiß Bescheid. Er hat zwar noch nie geweint, denkt er, aber er weiß Bescheid. Siebzehmal aus der Fürsorge getürmt. Kreuz und quer durch ganz Deutschland, einmal in Oesterreich geschmachtet und einmal jenseits der belgischen Grenze. Man trifft so allerlei Jungen auf der Landstraße und in den Bleiben, Leichte und schwere. Aber diesen hier hat es besonders hart gepackt.

Orje ist ein guter Kerl. Nur nicht so merken lassen. Sein Herz trägt man nicht so auf der Zunge. „ . . . Laß man, Hanne, wird schon werden . . . Wilste heim . . .?“ Ganz leise hat er den andern gefragt und weg-gesehen, ehe die Antwort kam. Hans hat genickt. Orje sieht es nicht, aber er weiß es. Natürlich, der will heim. Der muß heim. Da hat man wieder einer genug.

Man sieht so viel auf der Landstraße. Man kriegt eine harte Haut und ein festes Herz dabei. Da klappt immer mal einer zusammen. Ich kann nicht mehr. Ich will nach Hause. Viele Monate lang war er mal mit einem zusammen getipelt. Alles hatte er geteilt. War ein guter Kumpel gewesen. Nie hatte er von zu Hause geredet. Dann kam es an einem Tag, in einer einzigen Stunde wie ein Strom aus ihm heraus.

Vater war Säufer, immer versoff er sein Geld. Mutter mußte arbeiten oder von der Wohlfahrt unterstützt werden. Drei Nächte hintereinander war Vater manchmal so voll, daß er die Familie hinausschmiß, und dann zerschlug er die Stühle, das Geschirr. Prügelte

die Kinder, fünf Geschwister. Der Junge wollte nie wieder nach Hause. Nie wieder . . .

Dann aber mit einem Male war es vorbei. Ach, Mutter . . .

Ja, Orje konnte das alles. Er hatte längst kein Zuhause mehr. Unehelich geboren. Mutter gestorben. Sieben Jahre Waisenhaus. Drei Jahre beim Bauern, dann sieben Jahre Fürsorge. Jetzt war er zwanzig. Die Fürsorge suchte ihn. In die Anstalt, raus aus der Anstalt. Bald war einundzwanzig, dann mußten sie ihn in Ruhe lassen. Was dahinter kam, war ihm einerlei. Dann bestimmte er allein und dann würde es schon werden. Er hatte nur einmal gestohlen, ein Fahrrad, damals als er beim Bauer ausrückte. Sonst war er immer ehrlich geblieben. Aber er lief überall weg, wo er Zwang fühlte, aus dem Waisenhaus, vom Bauer, aus der Fürsorge. Immer war er unterwegs. Er war ein Ausrucker und Rummelreiter. Die Jugend war endgültig versaut. — Eigene Schuld? Fremde Schuld. Orje machte früher niemand dafür verantwortlich. Die Fürsorge . . .? Ach, die klappte zu und klappte auf. Das war eben so 'ne Maschine. Was kann die dafür? Wer dazwischen gerät, sitzt drin . . . So 'ne Maschinen gab es viele in dieser Welt, in dieser Gesellschaft.

Aber nun verlor er mal wieder so einen guten Kumpel, und das war sehr mies. Nun mußte man wieder allein weiter, bis man den nächsten fand. Aber alle wollten sie mal wieder nach Hause. Alle klappten eines Tages mal um . . .

Mutter . . .

Bald bin ich einundzwanzig, dachte er . . . Mir bleibt nur die Landstraße, die schnurgerade . . .

Heute und morgen wollten sie noch zusammenbleiben. Dann sollte Hans nach Berlin. Orje kannte die Straßen genau. Dreimal war er auf ihnen von Berlin gekommen, zweimal auf ihnen nach Berlin gegangen.

# Palastrevolution im Gesamtverband

Auch im freigewerkschaftlichen Organisationsleben gibt es manchmal Überraschungen: die allgewaltigen beiden Vorsitzenden des Hauptverbandes, Schumann, Müntzer und Genossen, sind ganz plötzlich und unvorbereitet von der Führung ihres Großverbandes „zurückgetreten“ und haben einer neuen, provisorisch amtierenden Führerschaft (Klein, Palenke und Genossen) Platz gemacht.

Dies geschah nach unseren Informationen nicht freiwillig, sondern gezwungenermaßen. Mit Schumann und Genossen gingen auch ihre treuesten Unterführer. Von den Abgetretenen gibt es keinen Dienst mehr aus (er sollte sofort fristlos entlassen werden); der übrige Teil wird in untergeordneten Stellen weiterbeschäftigt.

Woher auf einmal dieser Führerschaft? -- Er geschah leider nicht unter dem Druck der Mitgliedschaft, die endlich einmal mit der reformistischen sozialdemokratischen Führung aufräumen sollte. Die Mitgliedschaft weiß zwar noch gar nichts von den Vorgängen in ihrer Führung, noch viel weniger von der Entstehung und dem Ausgang dieser Vorgänge. Das alles blieb und bleibt nur eine interne Angelegenheit der oberen Führungskörperschaften des Verbandes, deren Mitglieder eifrigst bemüht sind, die Vorgänge zu vertuschen. (In der Berliner Generalversammlung des Gesamtverbandes am 27. Mai wurde in einer kurzen Vorstandserklärung nur von „Überschreitung von Befugnissen einiger Hauptvorstandsmitglieder“ gesprochen und auf den Bericht des am 11. Juni tagenden Beirates vertraut.) Es gelang uns aber trotzdem, einiges, und zwar das Wesentliche, in Erfahrung zu bringen.

Beim Bau des neuen Verbandshauses am Michaelkirchplatz haben Schumann und Konsorten in unverantwortlicher Weise mit den Verbandsgehaltern gewirtschaftet. Die Baukosten haben den Kostenanschlag um ein Mehrfaches überschritten, was weniger die Schuld des bauleitenden Architekten, als vielmehr durch die Großmannsucht von Schumann und Konsorten verursacht worden ist. Mitten in der Bauausführung wurden mehrfach und nachträglich weitgehende, hohe Kosten verursachende Abänderungen vorgenommen (u. a. wurde eine bereits fertiggestellte Aufzugsanlage wieder herausgerissen und an anderer Stelle aufs neue eingebaut). Bei dem Innenausbau und der Einrichtung des Verbandshauses wurden möglichst luxuriöse, kostspielige Materialien (Marmor, Messing) und Gegenstände (Büromöbel, Installation) ausgewählt. Zur Auswahl dieser Dinge machte verschiedene Vorstandsmitglieder bzw. ihre Hilfsarbeiter eine Menge Dienstreisen, die ihnen persönlich ansehnliche Reisegebühren einbrachten. Die persönliche Bereicherung seitens verschiedener Vorstandsmitglieder und ihrer Hilfsarbeiter soll nicht bloß während der Zeit des Verbandshauses stattgefunden haben, sondern soll viel weiter zurückliegen (Einzelheiten und sogar Anekdoten darüber sind in den oberen Kreisen des Gesamtverbandes sehr gut bekannt). Das letztere erklärt denn auch den Umfang und die Größe der dienstlichen Ver-

fehlungen von Schumann und Konsorten, was zur sofortigen Dienstenthebung verschiedener verantwortlicher Vorstandsmitglieder und ihrer Gehilfen führte.

Das Charakteristische der Vorgänge im Gesamtverband ist aber: Die maßgeblichen Personen des Verbandes „entdeckten“ alle diese dienstlichen Verfehlungen erst, als die Enthüllungen und Drohungen einiger kleiner Verbandsangestellter, die von Schumann und Konsorten die Kündigung erhalten hatten, zu befürchten waren. Anschließend werden diese Gekündigten nunmehr in ihrer Brotstelle verbleiben. Die neugebildete, bis zum Verbandstag provisorische Führung ist selbstverständlich genau so reformistisch und sozialdemokratisch orientiert wie die gestürzte.

Wie schon erwähnt, soll jetzt am 11. Juni der Gesamtverband zu den Vorgängen Stellung nehmen. Die Mitglieder müssen verhindern, daß hier alles vertuscht wird. Sie müssen vielmehr verlangen und durchsetzen, daß in den Mitgliederversammlungen den Kollegen klarer Wein eingeschenkt und ohne irgendwelche persönlichen Rücksichten mit allen korrupten Elementen radikal aufgeräumt wird.

Im übrigen wäre es aber grundfalsch, in den Vorgängen bei der Spitze des Gesamtverbandes nur „Verfehlungen“ einiger Personen zu sehen. Diese Geldverschwendung im oberen Gewerkschaftsapparat ist leider in fast allen Verbänden üblich. Es werden nicht nur unverantwortlich hohe Gehälter bezahlt, sondern auch an Reisespesen, Taggeldentschädigungen, komfortabler Büroeinrichtung usw. Unsummen vergeudet. Das hat seine Ursache in der ganzen unproletarischen, bürokratischen und gegen den Klassenkampf gerichteten Einstellung der reformistischen Gewerkschaftsführung. Aufgabe des Kampfcharakters einer Gewerkschaft und Ausschaltung des Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder, wie das gerade in den großen Verbänden üblich geworden ist, muß zu diesen Entartungen führen.

Darum: Nicht etwa verärgert über diese Vorgänge dem Verband den Rücken kehren, sondern diesen Anlaß erst recht benützen, die ganze Mitgliedschaft zu mobilisieren für einen radikalen Kurswechsel in der Gewerkschaftsführung. Das ist Aufgabe aller klassenbewußten Gewerkschafter.

## Verbot einer Erwerbslosen-Versammlung in Nürnberg

Die oppositionellen Gewerkschaftskollegen in Nürnberg setzten für Freitag, 27. Mai 1932 eine Erwerbslosenversammlung mit dem Thema: „Was ist gegen die neue Unterstützungverschlechterung zu tun?“ fest. Die Polizeidirektion Nürnberg verbot diese Versammlung, weil dadurch die Ruhe und Ordnung gestört werden könnte. Diese schematischen Verbotsbegründungen laufen in Bayern seit 1923 am fließenden Band, gegen alle Veranstaltungen, die sich ernsthaft gegen die willkürliche Senkung der Lebenshaltung aller Werktätigen und den Faschismus wenden und einen Ausweg in geschlossener Einheitsfront der Arbeiterschaft zeigen.

## Klempner- und Rohrlegerstreik

### Der Bankrott des „roten“ Verbandes

Bisher waren die Betriebe des Berliner Rohrlegergewerbes mit denen der Klempner- und Installationbetriebe in einem Tarif zusammengefaßt. Die kürzlich vorgenommene Lohn „Regelung“ für die Rohrleger, mit einem Abbau des Stundenlohnes von 1,35 auf 1,16 M. und für die Helfer auf 0,97 M., ging aber der Klempnermation nicht weit genug. Sie trat deshalb aus der Tarifgemeinschaft aus und dekretierte in ihren Betrieben einen Abbau des Spitzenlohnes auf 1,05 M.

Die im DMV organisierten Klempner und Rohrleger bestehen aber darauf, daß auch bei der Umstellung mindestens der Rohrlegertarif mit 1,16 M. bezahlt wird. Sie haben daher beschlossen, überall, wo die Klempnerbetriebe die Anerkennung des Rohrlegertarifs verweigern, in den Streik zu treten. Der DMV fordert in einem Flugblatt offiziell zur Arbeitsniederlegung auf.

In diesem Zusammenhang einige Bemerkungen zum „roten“ Rohrlegerverband, der vor drei Jahren unter Führung Niederkirchners und im Auftrag der KPD gegründet wurde. Der „rote“ Verband wollte seinerzeit über 3000 Mitglieder gehabt haben. Er ist später als besondere Sektion dem „roten“ Einheitsverband der Bauindustrie angegliedert worden. Sein völliger Bankrott hat sich jetzt offenbart. Er spielt in der ganzen Bewegung überhaupt keine Rolle mehr. Am Freitag, dem 27., rief er zu einer öffentlichen Rohrlegerversammlung in Bückers Festsaal auf. Ganze 120 Mann, wovon nur 21 in Rohrlegerbetrieben beschäftigt sind, waren erschienen. Das sagt alles.

Die „Rote Fahne“ fällt über die KPD-Gewerkschaftspolitik, die nur zur Spaltung und Zerschlagung des revolutionären Einflusses führte (die KPD beherrschte bis 1929 die 4000 Mann starke DMV-Rohrlegerbranche vollständig), selbst das denkbar schärfste Urteil, indem sie schreibt:

„War der Weg der Berliner Rohrleger unter der einheitlichen oppositionellen Branchenleitung bis zum Jahre 1929 ein Weg des ständigen erfolgreichen Kampfes um Verbesserungen, so ist der Weg von 1929 bis heute, nach der Spaltung durch die DMV-Bürokratie und nach der Einsetzung einer ihr ergebenen Branchenleitung, gekennzeichnet durch eine Kette von ständigen Niederlagen.“

Abgesehen davon, daß die KPD und Niederkirchner die Spaltung provozierten und allen Warnungen zum Trotz durchführten, ist diese Darstellung richtig.

## Borniertheit

Wie im Berliner Buchdrucker-Verband den Mitgliedern der Besuch von Versammlungen verweigert wird, das zeigte die zu Montag, den 23. Mai, vom Gauvorstand einberufene, aber wegen mangelnden Besuchs nicht zustandegekommene Betriebsräteversammlung.

Die Tagesordnung wies nur den einzigen Punkt auf: „Arbeitsrechtliches aus dem Betriebsrätegesetz.“ Der Obmann der Buchdrucker-Betriebsräte, Kollege Viererath (SPD) bedauerte den schlechten Besuch in Anbetracht der „wichtigen“ Tagesordnung. Kollege Lietsche (SAP) kritisierte, daß in dem jetzigen Moment, wo eine starke Verschlechterung der Lage der Buchdrucker-

gehilfen tariflich verankert wurde, kein aktuelleres Thema zur Debatte komme. Unser Genosse schlug vor, den vorgeschlagenen Punkt abzusetzen und sofort in eine Besprechung über die Lage innerhalb der Betriebe, ferner über die letzten tariflichen Verschlechterungen, sowie über organisatorische Fragen und den Kampf gegen die faschistische Zellenbildung innerhalb der Buchdruckerbetriebe einzutreten. Hatte man die es aktuelle Thema schon in der Einladung auf die Tagesordnung gesetzt, so wäre der Besuch ein zufriedenstellender gewesen. Durch die Schuld der Einberufer, die von den brennendsten Tagesfragen somit abzurückten, haben viele Betriebsräte gerade der Zeitungs-Großbetriebe die Versammlung gemieden. In der nach dem einberufenen Betriebsraterversammlung muß die es Thema zur Debatte stehen.

Aber die Redner der SPD Mehrheit und einige Vorstandmitglieder widersprachen dieser Anregung und wurde beschlossen, die Versammlung mit dem gleichen Thema etwa später wieder einzuberufen, weil das von unseren Genossen beantragte Thema über die tariflichen Verschlechterungen vor einer Betriebsraterversammlung nicht zulässig sei. Die oppositionellen Kollegen werden sich damit nicht abfinden, sondern alles tun, um dem Willen breiter Mitgliederkreise für eine aktive, revolutionäre Linie zum Durchbruch zu verhelfen.

## Arbeitszeit im englischen Bergbau

Handelsminister Runciman brachte im Unterhaus das neue Gesetz ein, das eine Fortsetzung des bisherigen 7 1/2-Stundentages in den englischen Kohlenbergwerken auf die Dauer von fünf Jahren bzw. bis zur Ratifizierung des allgemeinen Arbeitszeitabkommens vorsieht. Das bisherige Gesetz läuft im Juli ab. Direkte Verhandlungen zwischen den Bergwerkseigentümern und dem Bergarbeiterverband hatten keinen Erfolg, so daß die Regierung eingreifen mußte.

## Sportschau der SAZ

### Handballkreibmeisterschaften

Den Titel Kreibmeister von Südhannover-Kassel errang Wachenhausen mit einem 3:0 (12:0)-Sieg über Wasserport-Kassel vor 500 Zuschauern in Kassel. Durch bessere Gesamtleistung gewann der Südhannoversche Meister verdient. Der Wassersport versagte der Sturm nur die aufopfernde Arbeit der Hintermannschaft veränderte eine größere Niederlage.

Schlussspiel in der Nordmark. Der Kieler Meister Kiel V unterlag in einem gleichwertigen Kampfe gegen den Hamburger Meister Rothenthor 96 mit 6:9 (4:6). 2500 Zuschauer sahen ein selten schönes und hohes Spiel.

Überraschung in Nordbayern. Im Entscheidungsspiel um die Nordbayrische Kreibmeisterschaft schlug der Oberfränkische Meister Turn- und Sportverein Wunsiedel ganz unerwartet aber verdient Nürnberg-West mit 7:6 (4:4) Toren. Das Spiel wurde sehr erregt und teilweise auch hart durchgeführt. Der Torwart der Nürnberg wurde in der ersten Spielhälfte verletzt und schied aus. Der Unterlegene mußte bis zum Schluß mit 10 Mann spielen.

In Rheinland-Westfalen noch keine Entscheidung. In den letzten beiden Spielen der Endrunde gewann Schmidthorst gegen Herne 07 mit 14:1 (7:1). Trotz der hohen Tordifferenz wurde ein technisch einwandfreies Spiel gezeigt. Ueßendahl gegen Schwarz-Gelb-Düsseldorf 5:6 (2:3). Das Schlussspiel bestreiten Schmidthorst und Schwarz-Gelb-Düsseldorf.

Endrunde in Sachsen. Eiche-Süd-Plauen verlor gegen Dresden-Coschütz 4:8 (1:3). 500 Zuschauer. Bei der Plauerer Sturmreihe mangelte es am Torwurf. Dresdens Stürmer waren dagegen in guter Form.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein. Für Inserate: Job. o. o. u. H. o. l. l. m. e. n. o. Verlag Siegel-Verlagsges. mbH. Druck G. e. o. r. g. K. o. e. n. i. g. sämtlich in Berlin O. 27, Magenstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O. 27, Magenstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.

**Staats-Theater**  
Oper u. d. Linden  
Dienstag, 31. Mai  
8 Uhr

Der fliegende Holländer  
Schauspielhaus  
u. Gendarmenmarkt  
Dienstag, 31. Mai  
8 Uhr

Der Liebestrank  
Schillertheater  
Charlottenburg, Bülowstraße  
Dienstag, 31. Mai  
8 Uhr

Die Räuber

**Volkstheater**  
Theat. d. Bülowpl.  
11. Norden 2946  
Dienstag, 31. Mai  
Geschlossen

**Rose-Theater**  
Große Frankfurter Str. 132  
Tel. 17 Weichsel 1422  
Dienstag, 31. Mai  
8.30 Uhr

**Weekend im Paradies**  
Gartenbühne  
8.30 Uhr:  
Konzert und Varieté  
8.15 Uhr:  
Zigeunerliebe

**Lichtspiele M. I. L. A.**  
am Stettiner Bahnhof  
Invalidenstr. 127  
Tonfilm-Tageskino  
Ein bißchen Liebe für Dich  
und  
Ein stummer Film:  
**Variété des Lebens**  
Anfangszeiten Sonntags: 3, 5, 7, 9 Uhr

**Münz-Theater**  
Münzstr. 10  
Tonfilm-Tageskino  
2 Tonfilme:  
Madame hat Ausgang  
und  
Neuaufführung  
3 Tage Mittelarrest

In die Betriebe  
auf die  
Stempelstellen  
in die  
Mietskasernen  
gehört  
die Tageszeitung  
der Werktätigen  
die  
**SAZ**

**KAUFHAUS SCHOCKEN**

Feld- und Liegestühle aus Hartholz

Feldstuhl „Suiza“, bunt gestreifter Bezug, Sitzfläche 40 x 26 cm, Höhe 40 cm	1.00
Feldstuhl „Soden“, bunt gestreifter Bezug, Sitzfläche 42 x 26 cm, Höhe 42 cm	1.50
Feldstuhl „Tölz“, mit Rückenlehne, Halb-jutebezug, Sitzfläche 41 x 40 cm, Sitzhöhe 40 cm, ganze Höhe 73 cm	1.95
Liegestuhl „Steben“, mit Armlehne, farbiger Bezug 130 cm lang, 52 cm brt.	3.50
Liegestuhl „Rögen“ mit Armlehne und Bein-stühle, kräftiger Bezug, 140 cm lang, 52 cm breit	5.85
Liegestuhl „Ems“ mit Armlehne, Bein-stühle, Sonnendach, kräftiger Bezug 140 cm lang, 52 cm br.	8.75

Die Maße geben die ungefähren Größen an.

**KIND FÜR JEDERMANN**  
Friedrichstr. 4, im Voxhaus, am Potsdamer Platz B 1 Kurt. 2334

**Ein steinreicher Mann**  
mit Paul Hörbiger, Dolly Haas, Kurt Bois.

Uta-Lonwetschens und das große Tonbeiprogramm

Jugendliche u. Erwerbslose 0,40 M  
tagl. ab 9 Uhr vorm.  
sonnt. ab 3 Uhr nachm. bis 10 Uhr nachts.  
11. u. 12. Tag- u. Nachttheater Berlin

**Elysium - Lichtspiele**  
Prenzlauer Allee 56  
2 Riesen-Schlager!  
Renate Müller, Hermann Thimig in  
**Mädchen zum Heiraten**  
dazu  
**Kriminalreporter Holm**  
mit Hermann Speelmann, Elga Brink, Harry Hargt

**PRATER Lichtspiele**  
Kastanienallee 7/9  
Hochbahnhof Denzinger Straße  
Autobus 9

Auf stürmisches Verlangen Nur 3 Tage!  
Marlene Dietrich, Hans Albers und Emil Jannings in  
**Der blaue Engel**  
im gleichen Programm:  
**Der Held von Californien**  
mit Ken Maynard  
3 Uhr große Jugendvorstellung  
(Sonntags) 6.30 und 9 Uhr.

**Pharus Lichtspiele**  
Müllerstraße 142  
Mädchen zum Heiraten  
und:  
5 von der Jazzband

**Theater des Weddings**  
Müller-, Ecke Sellenstraße  
**Chauffeur Antoinette**  
dazu:  
**Hygiene der Ehe**

**HAUS VATERLAND**  
KUPFERGRABEN 2904  
Vergnügungs-Restaurant  
Berlins  
BETRIEB KEMPINSKI

**Stärkt den Pressefonds**

**Schuhreparatur-Preise**  
enorm gesenkt  
Laubrunn, Buchum-Linden